

Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.01.2021

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:40 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Mroß
Schriftführer:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 19.11.2020	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Einwohnerfragestunde	
6.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
6.1.	Änderung eines Mitgliedes im Unterausschusses "Kindertageseinrichtungen" BE: Frau Trautwein, Mitglied des Jugendhilfeausschusses	2403/20

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 6.1.1. | Antrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 2403/20 - Änderung eines Mitgliedes im Unterausschuss "Kindertageseinrichtungen"
BE: Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses | 0037/21 |
| 6.2. | Konzeption für eine einjährige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege
BE: Leiter des Jugendamtes | 2459/20 |
| 7. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 7.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 19.11.2020 zum TOP 5 - hier: Offener Brief des Elternbeirates der Kita "Hanseviertel"
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
hinzugezogen:
Beigeordneter für Bau und Verkehr
Vorsitzende des Elternbeirates der Kita "Hanseviertel" | 2408/20 |
| 8. | Informationen | |
| 8.1. | Zeitplan und Anliegen für einen trägerübergreifenden Qualitätsdialog in Kindertageseinrichtungen
BE: Leiter des Jugendamtes | 2406/20 |
| 8.2. | Betreuungsquoten in Kindertageseinrichtungen. Ein bundesweiter Vergleich.
BE: Leiter des Jugendamtes | 2475/20 |
| 8.3. | Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes | |
| 8.4. | Aktuelle Informationen zu jugendhilferelevanten Entwicklungen in der COVID-19-Pandemie (mdl.)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | |
| 8.5. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses, stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte alle Ausschussmitglieder sowie geladenen Gäste und wünschte den Anwesenden ein gesundes neues Jahr.

Weiterhin wurde durch den Ausschussvorsitzenden auf das Merkblatt mit den Hygienebestimmungen zur Durchführung von Sitzungen des Stadtrats und seiner Ausschüsse in der Thüringenhalle hingewiesen und um Einhaltung der darin aufgeführten Maßnahmen im Sinne des Infektionsschutzes gebeten.

Anschließend hieß Herr Mroß die neuen beratenden Ausschussmitglieder, Frau Ziegenhagen als Kreiselternvertreterin der Regelschulen, Frau Hörnig und Frau Scheller (1. Stellvertreterin) für den Kindertagespflege e.V., willkommen.

Zum Sitzungsbeginn waren 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es wurden keine schriftlichen oder mündlichen Anträge zur Tagesordnung gestellt.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 19.11.2020

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

5. Einwohnerfragestunde

Es wurden weder schriftliche noch mündliche Fragen gestellt.

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. **Änderung eines Mitgliedes im Unterausschusses "Kindertageseinrichtungen" 2403/20**
BE: Frau Trautwein, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Mit der Drucksache 0037/21 lag ein Änderungs-/Ergänzungsantrag des Ausschussvorsitzenden, Herrn Mroß, als Tischvorlage vor. Die im Beschlusstext genannte Vertreterin des Kindertagespflege e.V., Frau Hörnig, bat um die Richtigstellung ihres Namens wie folgt: Frau Perke Ines Hörnig. Da kein weiterer Klärungsbedarf bestand, wurde durch Herr Mroß eine Abstimmung der Drucksache in Fassung der Drucksache 0037/21 und unter der Berücksichtigung der vorgenannten Korrektur vorgeschlagen. Dagegen formulierte sich kein Widerspruch, sodass darüber abgestimmt wurde.

mit Änderungen beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Jugendhilfeausschuss beschließt folgende Änderung in der Besetzung des Unterausschusses "Kindertageseinrichtungen":

Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Miriam Trautwein (bisher Michael Hack)	N.N	N.N
Perke Ines Hörnig (alt: Kerstin Becker)	Frau Angela Scheller (alt: Dr. Claudia Meins-Reidenbach)	Dr. Claudia Meins-Reidenbach

- 6.1.1. **Antrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 2403/20 - Änderung eines Mitgliedes im Unterausschuss "Kindertageseinrichtungen" 0037/21**
BE: Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

siehe Tagesordnungspunkt 6.1.

mit Änderungen beschlossen

- 6.2. **Konzeption für eine einjährige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege 2459/20**
BE: Leiter des Jugendamtes

Der Leiter des Jugendamtes, Herr Peilke, erläuterte die Beschlussvorlage. Da § 20 Abs. 1 ThürKigaG regelt, die zweijährige Bedarfsplanung durch eine einjährige abzulösen, erfolg-

te durch das Jugendamt der Vorschlag, wie der Rahmen und die Zeitplanung gefasst werden kann.

Zunächst stellte der Vorsitzende, Herr Mroß, fest, dass die Planungsinhalte konzeptionell identisch, aber durch den veränderten Zeitrahmen modifiziert worden sind. Seine Frage zur Datenanalyse beantwortete der Leiter des Jugendamtes, Herr Peilke, mit Verweis auf den Aufwand der Erhebungen, die dadurch, dass nicht alle Daten jährlich zusammengetragen werden, minimiert wird.

Von Seiten des Ausschussvorsitzenden, Herrn Mroß, und Herrn Edom wurde der Bedarf einer tiefgreifenden Diskussion gesehen. Infolgedessen wurde die Verweisung in den Unterausschuss "Kindertageseinrichtungen" beantragt, dem die Mitglieder einstimmig zustimmten.

Verwiesen in Ausschuss Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 19.11.2020 zum TOP 5 - hier: Offener Brief des Elternbeirates der Kita "Hanseviertel" 2408/20**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
hinzugezogen:
Beigeordneter für Bau und Verkehr
Vorsitzende des Elternbeirates der Kita "Hanseviertel"

Eingangs wies Herr Mroß, Ausschussvorsitzender, darauf hin, dass die Stellungnahme als Tischvorlage ausgereicht wurde und fragte, ob es Widerspruch gegen das Rederecht für die Vorsitzende des Elternbeirates der Kita "Hanseviertel" gibt. Da keine Einwände erhoben wurden, wurde ihr einvernehmlich das Rederecht erteilt. Herr Mroß bat die Vorsitzende des Elternbeirates der Kita "Hanseviertel" darum, einige Hintergrundinformationen zum offenen Brief darzulegen. Sie bemängelte den baulichen Zustand der Einrichtung und die Tatsache, dass dem trotz vorhandener Gefährdungspotenziale keine Abhilfe geschaffen wurde. Im Zuge der vorherrschenden Pandemie können die Hygienebestimmungen wie das Lüften durch nicht zu öffnende Fenster nur unzureichend eingehalten werden.

Der Ausschussvorsitzende, Herrn Mroß, berichtete, dass es nach den Erkenntnissen einer Vor-Ort-Begehung keine wesentlichen Veränderungen der Bausubstanz gibt. Die Maßnahmen, die unverzüglich durch das Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung behoben werden müssen, sind von lediglich unschönen Begebenheiten zu unterscheiden.

Herr Peilke, Leiter des Jugendamtes, bemerkte, dass die Stadt hier als Mieter fungiert und das Objekt an die Arbeiterwohlfahrt weitervermietet hat. Er ergänzte, dass der Eigentümer die Einrichtung der Kindertagesstätte gern zur Verfügung stellt, jedoch kein Interesse an einer grundsätzlichen Sanierung hat. Für die Durchführung einzelner Maßnahmen würde er der Stadt eine erhöhte Miete in Rechnung stellen. Die zwingende Notwendigkeit aus Sicht des Jugendamtes besteht darin, kurzfristig Abhilfe zu schaffen, um die Betriebserlaubnis zu erhalten.

Der Leiter des Amtes für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung, Herr Ott, stellte fest, dass diverse Begehungen und im Jahr 2020 begonnene Reparaturarbeiten zusätzliche Mängel aufgezeigt haben, die in ihrer Gesamtheit nicht abgestellt werden konnten. Die Lüftungsproblematik ist bekannt, kann aber aufgrund der fehlenden haushalterischen Voraussetzungen und erheblichen Defizite am Objekt kurzfristig nicht behoben werden.

Herr Mroß, Vorsitzender, erinnerte an die in der Stadtratssitzung am 16.12.2020 gemachte Zusage der Verwaltung bezüglich des Problems der Zuwegung, das am Folgetag abgestellt werden sollte. Dies ist nicht erfolgt.

Der aufgrund des Tagesordnungspunktes 4.1. als Einreicherin im nichtöffentlichen Teil hinzugezogenen Vertreterin der Fraktion FDP, Frau Hantke, wurde zunächst das Rederecht erteilt. Sie erkundigte sich nach den Kosten, die bei der Begehung durch das Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung geschätzt und welche Mängel bereits beseitigt wurden.

Der Amtsleiter für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung, Herr Ott, nannte Kosten in Höhe von 260.000 €, fügte aber hinzu dass das Objekt nicht städtisch ist und eine Umsetzung an fremden Eigentum sich als nicht sinnvoll herausstellt. Die hauseigenen Tischler haben einzelne Reparaturen in Angriff genommen. Allerdings waren die Mängel zum Teil so gravierend, dass es unmöglich war, ihnen beizukommen. Ein weiteres Problem stellt die fehlende Verfügbarkeit von Ausweichobjekten dar.

Daraufhin meldete sich die Vorsitzende des Elternbeirates der Kita "Hanseviertel" zu Wort und plädierte für einen Eintritt in Verhandlungen mit dem Vermieter. Dieser hätte Interesse am Abschluss eines langfristigen Mietvertrages. Zudem gab sie zu bedenken, dass neben der Betreuung der 129 Kinder auch über 30 Erwachsene in dem Gebäude täglich arbeiten müssen.

Durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Mroß, wurde auf die Verpflichtung durch Eigentum hingewiesen. Er empörte sich über das unsoziale Verhalten des Eigentümers, der die Miete zumindest in die Instandhaltung investieren muss. Aus seiner Sicht sollten die Mieterrechte geltend gemacht, eine Mängelliste erstellt und ein runder Tisch installiert werden, damit die Stadtverwaltung und der Träger aktiv werden können. Über die Umsetzung sollte im Jugendhilfeausschuss regelmäßig Bericht erstattet werden.

Dem schloss sich die Vertreterin der Fraktion SPD, Frau Löbl, an und äußerte Unverständnis, dass noch immer keine Lösung gefunden wurde. Sie bat darum, dass das Kita-Sanierungsprogramm des Jahres 2020 nachgereicht wird. Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass er diesbezüglich eine Anfrage gestellt hat.

Der Leiter des Jugendamtes, Herr Peilke, ging auf die verfahrenere Situation hinsichtlich des Bauzustandes, der Eigentumsverhältnisse und der Lage in einem Industriegebiet ein. Er erklärte die historische Entwicklung der Einrichtung und das nach Einschätzung des Jugendamtes in der Vergangenheit die Einrichtung nicht langfristig verfolgt werden sollte. Durch die Zunahme von Geburten und Zuzügen in den letzten Jahren und angesichts der Tatsache, dass sich keine alternativen Standorte erschlossen haben, wurde die Kindertageseinrichtung mangels Alternativen weiterbetrieben.

Der Vorsitzende, Herr Mroß, schlug vor, das angrenzende Grundstück, welches viele Jahre ein Ausweichobjekt darstellte, zu nutzen, um die Situation vor Ort zu entspannen. Das wurde vom Vertreter der Fraktion Freie Wähler/PIRATEN, Herrn Schade, befürwortet, um die Pandemiebedingungen zu entschärfen.

Die von Frau Hirte, Kreiselterntervertreterin der Grundschulen, angestoßene Diskussion um eine verbindliche Prüffrist wurde auf die Vorberatung der Drucksache 2470/20 im nichtöffentlichen Teil verwiesen.

Weitere Redebeiträge, die Kita "Hanseviertel" betreffend, wurden nicht geäußert, sodass der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, die Sitzung gemäß des Hygienekonzeptes zum Lüften des Saales für zehn Minuten unterbrach.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

8.1. Zeitplan und Anliegen für einen trägerübergreifenden Qualitätsdialog in Kindertageseinrichtungen 2406/20 BE: Leiter des Jugendamtes

Einleitend thematisierte der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, die Zeitplanung des trägerübergreifenden Qualitätsdialoges in Kindertageseinrichtungen. Die Nachfragen zum Austausch und dem sogenannten Fachberatergremium wurden von der zuständigen Abteilungsleiterin des Jugendamtes beantwortet. Weiter führte sie aus, dass eine Umsetzung der Anliegen im zurückliegenden Jahr nur unter Berücksichtigung der Pandemiebedingungen geschah. Das Jugendamt bewertet den trägerübergreifenden Austausch bislang als effektiv und qualitativ hochwertig. Einzig die jährlichen Planungsraumkonferenzen konnten aufgrund der Neuartigkeit dieser Idee terminlich noch nicht untersetzt werden.

Abschließend beantragte Frau Löbl, die Information in den Unterausschuss Kita weiterzuleiten. Eine anschließende Behandlung im Jugendhilfeausschuss soll es nicht geben. Dem Antrag stimmten die Ausschussmitglieder mit **11 Ja, 1 Nein** und **3 Enthaltungen** zu.

zur Kenntnis genommen

**8.3. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes**

Der Leiter des Jugendamtes, Herr Peilke, teilte mit, dass der Stadtrat in seiner Sitzung am 16.12.2020 die Änderung des Kinder- und Jugendförderplans (Drucksache 1911/20), hier die Aufhebung der Befristung der Schulsozialarbeit, beschlossen hat.

Weitere jugendhilferelevante Beschlüsse wurden nicht gefasst.

**8.4. Aktuelle Informationen zu jugendhilferelevanten Entwicklungen in der COVID-19-Pandemie (mdl.)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend**

Die Ausführungen der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke wurden durch die Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen. Sie ging insbesondere auf die Konsequenzen aus dem anhaltend hohen Infektionsgeschehen ein, das die Unterstützung von Mitarbeitern der Bundeswehr, der Landes- und Bundesverwaltung sowie anderer Ämter der Stadtverwaltung erforderlich macht.

Bezugnehmend auf die Angelegenheiten der Jugendhilfe erläuterte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, die Aufrechterhaltung der Notbetreuung in der gegenwärtigen Situation, in der die Einrichtungen geschlossen bleiben müssen. Durch das Land Thüringen wurde erstmals ein einheitliches Formular entwickelt, in der glaubhaft dargestellt werden muss, dass für ein Kind keine andere Betreuungsmöglichkeit gewährleistet werden kann. Zurzeit belegen ein Drittel der Kinder ihren vertraglich gebundenen Platz. In einzelnen Einrichtungen ist das bis zu zwei Drittel der Fall. Die geringsten Betreuungsquoten wurden in den Plattenbaugebieten des Nordens verzeichnet. Allerdings gilt auch der besondere Förderbedarf eines Kindes als Grund das Betreuungsangebot in Anspruch zu nehmen.

Die Rückkehr in die sogenannte Stufe "gelb", eine Öffnung unter Einhaltung von Hygienekonzepten, wird derzeit vorbereitet und die Durchsetzung der pandemiebedingten Maßnahmen überprüft.

Weiterhin informierte sie, dass der Oberbürgermeister eine neue Allgemeinverfügung erlassen wird. Die Schritte der Landesregierung, die einen neuen Verordnungsentwurf vorlegen wolle, werden abgewartet.

Als positiv bewertete Frau Hofmann-Domke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, die fortdauernde Leistungsfähigkeit des Jugendamtes und die Tatsache, dass keine Kinder und Jugendliche in Zusammenhang mit den erhöhten Sterbefällen stehen.

Der Vertreterin der Fraktion FDP, Frau Hantke, wurde das Wort erteilt. Sie hinterfragte die Regelung im Falle von Trennungskindern, die nicht unter die Notbetreuung fallen, da im Zuge des Wechselmodells ein Elternteil als berufstätig angesehen wird.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bildung, Soziales und Jugend, Frau Hofmann-Domke zeigte Verständnis, verwies jedoch auf die Entscheidungskompetenz der Leitungen in den Kindertageseinrichtungen. Bei Einzelfällen kann sich jederzeit vertrauensvoll an die zuständige Abteilungsleiterin des Jugendamtes gewandt werden.

Auf die Frage von Frau Hirte, Vertreterin der Kreiselternvertretung der Grundschulen, bezüglich der Verfahrensweise mit den Hortgebühren, antwortete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bildung, Soziales und Jugend, Frau Hofmann-Domke, dass diese Thematik abschließend geklärt wird. Der Tatbestand, dass der Hort geöffnet ist, wird der derzeit nicht erfüllt.

Die Vertreterin des Stadtjugendrings, Frau Schwörer, artikuliert, dass die offenen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Gruppengrößen von zwei bis fünf Personen und mit der Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung durchgeführt werden.

Weiterer Diskussionsbedarf bestand nicht.

8.5. Sonstige Informationen

Es lagen keine sonstigen Informationen vor.

Anschließend beendete der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Mroß
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer